

## Beschluss (vorläufig) 4 - Solidarität sichern

Gremium: LDK Siegen  
Beschlussdatum: 10.12.2021  
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

### Text

1 Mit der Pandemie und dem verheerenden Hochwasser im letzten Sommer haben wir neu  
2 zu schätzen gelernt, was unsere Gesellschaft stark macht: Verantwortung  
3 füreinander übernehmen und Gemeinsinn leben über Grenzen hinweg. So stark unser  
4 Streben nach individueller Freiheit und dem persönlichen Glück ist – so sehr  
5 brauchen wir auch unsere Mitmenschen und den sozialen Zusammenhalt, um uns zu  
6 entfalten. Das gilt besonders in Phasen des Umbruchs. Diese Erfahrung ist für  
7 NRW nicht neu, hier standen die Menschen schon oft zusammen. Jetzt geht es um  
8 eine neue Politik, die aus dem "Wir" Wirklichkeit macht.

9 Ein solidarisches, inklusives und lebenswertes NRW – das ist ein Ort, an dem kein  
10 Mensch in Armut leben muss. Ein Ort, an dem man von der eigenen Arbeit leben und  
11 eine Familie versorgen kann. Ein Land, in dem jede\*r eine Chance auf dem  
12 Arbeitsmarkt bekommt, auch ein zweites oder drittes Mal. Ein Land ohne  
13 Barrieren, in dem alle Menschen mit oder ohne Beeinträchtigung gemeinsam leben  
14 und teilhaben können. In dem die Mieten bezahlbar sind und auch in ländlichen  
15 Regionen der Supermarkt, die Ärztin oder die Apotheke vor Ort erreichbar sind.

16 Unser Gesundheitssystem ist im internationalen Vergleich gut aufgestellt. Doch  
17 es ist nicht gut genug, solange diejenigen, die für die Gesundheit anderer  
18 arbeiten, selbst dabei krank werden weil es in Teilen zu Überlastung und  
19 Unterversorgung kommt. Wir streiten für ein Gesundheitssystem, das den Menschen  
20 in den Mittelpunkt stellt. Ob der Notarzt rechtzeitig ankommt, man eine wichtige  
21 Vorsorgeuntersuchung erhält oder man würdevoll gepflegt wird, darf nicht vom  
22 Wohnort, der Herkunft oder der Lebenslage abhängen. Das Recht auf Gesundheit  
23 gilt für alle gleichermaßen, unabhängig vom Versicherungsstatus.

24 Wo wir zusammentreffen, entsteht Gemeinschaft. Gerade eine vielfältige  
25 Gesellschaft braucht Räume, in denen sich die Menschen begegnen, austauschen und  
26 so zusammenwachsen. Das geschieht in öffentlichen Schwimmbädern, Büchereien und  
27 auf öffentlichen Plätzen. Um dieses gemeinsame Eigentum aller Bürger\*innen ist  
28 es in NRW vielerorts nicht gut bestellt, besonders in Städten und Gemeinden mit  
29 wenig Geld – also genau dort, wo viele Menschen in Armut leben und Kinder und  
30 Jugendliche besondere Unterstützung brauchen. Mancherorts schließt das  
31 Schwimmbad oder das Jugendzentrum, anderswo fährt außer dem Schulbus kein  
32 Nahverkehr oder es fehlt das Geld zur Sanierung eines Marktplatzes. Das sind  
33 Schulden, die nicht in den Büchern stehen, die aber unsere Zukunft schwer  
34 belasten. Wir werden die Städte, Gemeinden und Kreise unterstützen, damit sie  
35 stark für ihre Bürger\*innen sein können. Und wir werden alle Kräfte bündeln,  
36 damit NRW in die Zukunft investiert.

## 37 **Wir arbeiten entschlossen gegen Armut**

### 38 **Armut spürbar reduzieren**

39 Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber  
40 frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress  
41 und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos  
42 beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und die Ausgestaltung des  
43 Bürgergelds zur Überwindung des Hartz-IV-Systems ist der Bund zuständig. Aber  
44 gemeinsam mit den Akteuren aus der Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und  
45 Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen und den Betroffenen wollen wir Armut  
46 spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir Verantwortung: Wir sorgen für gute  
47 Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten können. Wir unterstützen ehemals  
48 Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in der Arbeitswelt Fuß zu fassen und  
49 wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur Schuldner- und  
50 Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen. Vor allem  
51 stärken wir den sozialen Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren Wohnraum. Viele  
52 Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten. Deshalb brauchen wir faire Löhne und  
53 gute Arbeitsbedingungen.

54  
55 Menschen in prekären Lebensverhältnissen sind von gesellschaftlichen Krisen und  
56 Veränderungen wie der Corona-Pandemie und dem Klimawandel besonders betroffen.  
57 Damit Kommunen besser ganzheitliche Maßnahmen zur Armutsprävention,  
58 Gesundheitsförderung und Klimafolgenanpassung entwickeln können, unterstützt das  
59 Land sie bei der kommunalen Sozial- und Stadtentwicklungsplanung.

### 60 **Pakt gegen Kinderarmut**

61 In NRW sind besonders viele Minderjährige von Armut betroffen. Es gehört zu  
62 ihrer Lebenswirklichkeit, dass sie Freund\*innen nicht nach Hause zum Essen  
63 einladen können oder einen Geburtstag meiden zu müssen, da sie sich kein  
64 Geschenk leisten können. Sind diese alltäglichen Beschränkungen schon schwierig  
65 genug, so gehen die Folgen von Armut noch weit darüber hinaus. Deshalb werden  
66 wir einen „Pakt gegen Kinderarmut“ auflegen, um gemeinsam gegen Kinderarmut zu  
67 kämpfen. Denn Armut hat viele Gesichter. Wir werden die kommunalen  
68 Präventionsketten in NRW flächendeckend ausbauen. So werden wir gemeinsam mit  
69 den Kommunen dafür sorgen, dass sich vor Ort Erzieher\*innen, Lehrer\*innen,  
70 Ärzt\*innen, Sozialpädagog\*innen, Verbände und Verwaltung vernetzen, um den  
71 Kindern gut abgestimmte Hilfsangebote zu machen. Durch die Einführung der  
72 Kindergrundsicherung werden finanzielle Mittel bei den von Armut betroffenen  
73 Kindern endlich ankommen. Gemeinsam mit der Bundesregierung werden wir dafür  
74 sorgen, dass die Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets von Eltern auch  
75 abgerufen werden. Dafür wirken wir an der Umsetzung des Kinderchancenportals  
76 mit, durch das die Mittel für Kinder einfacher zugänglich sind. Wir stärken  
77 außerdem die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen und schaffen  
78 so niedrigschwellige Zugänge für Kinder und Familien.

## 79 Hilfe für Jugendliche und junge Erwachsene, die von Armut 80 betroffen sind

81 Jugendliche, die in Armut leben, brauchen Angebote, die sie erreichen. Nicht  
82 jede\*r schafft es aus eigenem Antrieb, die Vielzahl von Behörden aufzusuchen.  
83 Wir werden Streetwork/Mobile-Jugendarbeit so ausstatten, dass sie die Arbeit in  
84 den am meisten betroffenen Stadtteilen ausbauen können. Eine umfassende Beratung  
85 und Hilfestellung ist notwendig, auch für die so genannten „Careleavers“, also  
86 diejenigen Jugendlichen, die nach ihrer Volljährigkeit die stationäre  
87 Jugendhilfe verlassen. Wir fördern Jugendhäuser, die von Jugendlichen und jungen  
88 Erwachsenen für Freizeitangebote aufgesucht werden. Bei Bedarf vermitteln sie an  
89 geeignete Beratungsangebote. Hierzu zählt vor allem die Jugendberufshilfe. Sie  
90 berät ganzheitlich mit dem Schwerpunkt berufliche Entwicklung, nimmt aber auch  
91 Wohnungsprobleme und psychosoziale Schwierigkeiten in den Blick. Dieses Angebot  
92 wollen wir ausbauen. Wenn ein Leben zu Hause nicht mehr möglich ist, werden wir  
93 Jugendliche vor einem Leben auf der Straße schützen. Hierfür werden wir die  
94 Jugendwohnheime in NRW ausbauen, in denen auch junge Volljährige wohnen dürfen.

## 95 Schuldner\*innenberatung garantieren – Beratungsstrukturen 96 optimieren

97 Wir optimieren die Schuldner\*innenberatung und reagieren damit auf die Folgen  
98 der Corona-Krise, in der noch mehr Menschen in eine prekäre finanzielle Lage  
99 geraten sind. Nur mit kompetenter Beratung können überschuldete Privatpersonen  
100 sich wirtschaftlich und sozial stabilisieren. Diese Hilfe erbringen vor allem  
101 die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen. Sie unterstützen bei der  
102 Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, fördern die Eigeninitiative der  
103 Betroffenen und ermöglichen neue Zuversicht und soziale Teilhabe. Für die  
104 Schuldnerberatung sind die Kommunen zuständig, für die  
105 Verbraucherinsolvenzberatung hingegen das Land. Diese unterschiedlichen  
106 Zuständigkeiten verhindern eine effektive Beratung. Wir wollen, dass beide  
107 Beratungsinstrumente besser ineinandergreifen, auch gescheiterte  
108 Gewerbetreibende unterstützen und werden die Trennung schnellstmöglich beenden,  
109 so wie es in anderen Bundesländern bereits geschieht. Die Einleitung eines  
110 Verbraucherinsolvenzverfahrens sollte immer das letzte Mittel sein. Stattdessen  
111 ist es inzwischen zu einem gängigen Verfahren geworden. Dazu tragen auch und  
112 gerade die öffentlichen Gläubiger wie Finanzamt oder Arbeitsagenturen bei.  
113 Außergerichtliche Einigungsversuche unter Beteiligung dieser Gläubigergruppen  
114 kommen meist nicht zustande. Dort, wo das Land Einfluss auf die Gläubiger hat,  
115 ändern wir das. Gemeinsam mit Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und  
116 Verbraucherschutzorganisationen entwickeln wir außerdem Qualitätsstandards für  
117 die Arbeit der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung.

## 118 Wir machen Wohnungspolitik für alle

### 119 Bezahlbarer Wohnraum in ganz NRW

120 In vielen Städten und Gemeinden in NRW fehlt es an bezahlbarem Wohnraum.  
121 Insbesondere das untere und mittlere Segment des Wohnungsmarktes ist in den

122 Ballungsgebieten stark angespannt, so dass es dort zu akuter Wohnungsnot kommt.  
123 Deswegen werden wir alle landesrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um im  
124 bestehenden preiswerten Wohnungsbestand Mietpreissteigerungen zu begrenzen und  
125 den Mieterschutz zu stärken. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der  
126 geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die Mietpreisbindungen für sie  
127 ausgelaufen sind. Dieser Tendenz stellen wir uns entgegen und unterstützen  
128 Kommunen dabei, die Bindungen aufzukaufen, zu verlängern und auch neue Bindungen  
129 zu kaufen. Mieterschutzbestimmungen wie die Mietpreisbremse und die  
130 Kappungsgrenze weiten wir aus, um Mieter\*innen vor Luxussanierungen und starken  
131 Mietpreissteigerungen zu schützen. So sichern wir preisgünstigen Wohnraum. In  
132 Gebieten, in denen der Wohnungsmarkt angespannt ist, beschränken wir die  
133 Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, damit der Wohnraum bezahlbar  
134 bleibt und diejenigen, die in Mietwohnungen wohnen, nicht durch die Umwandlung  
135 in Eigentumswohnungen verdrängt werden.

136 Außerdem wollen wir die Fördermittel für den Bau von neuen sozialen und  
137 preiswerten Wohnungen erhöhen. Wir sorgen mit attraktiven Zinsbedingungen und  
138 Tilgungsnachlässen für eine Option deutlich längerer Mietpreisbindungen. Unser  
139 Ziel ist die Schaffung von deutlich mehr günstigen Wohnungen pro Jahr durch  
140 Neubau und Umnutzung. Dazu gehört auch die Förderung von Werkswohnungen zum  
141 Beispiel für die Unterbringung von Pflegekräften.

142 Hierfür fehlt es den Kommunen an eigenem Grund und Boden. Wir werden sie  
143 rechtlich und finanziell in die Lage versetzen, eine vorsorge Grundstückspolitik  
144 betreiben zu können. Wir sorgen dafür, dass öffentliche Flächen nicht mehr nach  
145 dem Höchstgebot, sondern nach sozialen, inklusiven, städtebaulichen,  
146 ökonomischen und ökologischen Kriterien vergeben werden. Wir bevorzugen  
147 kommunale Wohnungsbaugesellschaften, gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen  
148 und Genossenschaften bei der Vergabe von baureifen Flächen und fördern die  
149 Neugründung von Genossenschaften und Baugruppen. So bleibt die Bodennutzung  
150 langfristig sozial. Die sozialgerechte Bodennutzung soll als Staatsziel in die  
151 Landesverfassung aufgenommen werden. Neue Wohnungen sollen direkt klimaneutral  
152 gebaut und vorhandene modernisiert werden, um Klimaschutz auch im Gebäudebereich  
153 wirksam umzusetzen. Dies soll konsequent gefördert werden und damit sozial  
154 gerecht geschehen. Neben der Förderung von energetischer Modernisierung durch  
155 den Bund werden wir daher die Förderprogramme des Landes ausweiten. Auch stärken  
156 wir die Teilhabe und Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen, indem wir  
157 wieder klare Standards für barrierefreien Wohnraum sowie barrierefreie  
158 Quartiere/Stadtteile in die Landesbauordnung aufnehmen und bei Neubauten  
159 standardmäßig für unter anderem rollstuhlgerechte Wohnungen sorgen. Die  
160 Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet uns dazu,  
161 selbständiges Wohnen mit begleitender Unterstützung und Pflege auch dann zu  
162 ermöglichen, wenn eine Heimunterbringung günstiger wäre.

163

164 Wir stehen an der Seite von Mieter\*innen, die Angst haben müssen, aus ihren  
165 Quartieren verdrängt zu werden. Deshalb werden wir dafür eintreten, dass die  
166 Kommunen das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung schneller, effektiver und  
167 rechtssicher einsetzen können.

## 168 Quartiere und Nachbarschaften für alle Generationen

169 Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich  
170 alle Generationen darin wohl fühlen und hier selbstbestimmt leben können. Grüne  
171 Oasen mit fußläufiger Erreichbarkeit für alle, gute Versorgungsstrukturen und  
172 die Möglichkeit, andere Menschen zu treffen, schaffen Lebensqualität und fördern  
173 die Gesundheit. Ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen finden  
174 Versorgungssicherheit sowie jeweils die Unterstützung und Beratung, die zu ihrer  
175 jeweiligen Situation passt.. Kinder können sicher spielen, Jugendliche erhalten  
176 Gestaltungsräume. Plätze und Grünflächen bieten Raum für Begegnung und Erholung.  
177 Barrierefreie Wohnungen, Inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenwohnen und  
178 ambulante Pflegekonzepte – auch für ehemals wohnungslose Personen – werden  
179 ausgebaut. Die Nachbarschaft für alle Generationen ist fußgängerfreundlich,  
180 barrierefrei und trägt damit zur öffentlichen Gesundheit ("Public Health") bei.

181 Damit die Kommunen diese und weitere Ideen umsetzen können, schaffen wir ein  
182 einheitliches Förderprogramm "Quartier inklusiv", das die verschiedenen Bereiche  
183 umfasst. Kommunen, die dem WHO-Netzwerk „Age-friendly cities and communities“  
184 (altersgerechte Stadt und altersgerechte Gemeinde) beitreten wollen, werden  
185 dabei unterstützt. Dadurch werden Senior\*innen im Quartier integriert, was  
186 Einsamkeit lindert und auch gesundheitlichen Problemen vorbeugt. Dieses Konzept  
187 muss sowohl in Großstädten, als auch im ländlichen Raum Anwendung finden. Wir  
188 fördern den Einsatz von technischen und digitalen Hilfsmitteln zum Ausgleich von  
189 Beeinträchtigungen und setzen Lots\*innen ein, die ältere Menschen befähigen,  
190 digitale Kommunikations- und Informationstechnologien zu nutzen.  
191 Vereinsamung und Armut bestimmen die Lebenssituation vieler älteren Menschen.  
192 Soziale Netze und Treffpunkte, soziale und kulturelle Angebote im Quartier sowie  
193 digitale Vernetzungsstrukturen und Mobilität tragen zur Teilhabe am Leben bei.  
194 Diese werden wir ebenso unterstützen und fördern wie die Arbeit der Selbsthilfe  
195 und Vereine.

## 196 Landesinitiative "Mehr Platz zum gemeinsamen Spielen"

197 Kinder brauchen Bewegung und frische Luft. Damit alle Kinder sich auch außerhalb  
198 der Wohnung mit Freund\*innen treffen und ohne Gefahr Roller fahren und Ball  
199 spielen können, brauchen sie Platz und eine anregende und sichere Umgebung. Mit  
200 unserem Förderprogramm "Mehr Platz zum Spielen inklusiv" können Kommunen bereits  
201 beispielbare Flächen (Spielplätze, Parks, Bolz- oder Skateplätze) im öffentlichen  
202 Raum erhalten und barrierefrei für das gemeinsame Spielen von Kindern mit und  
203 ohne Beeinträchtigung ausbauen. Zusätzlich ermöglichen wir, dass Kommunen ihre  
204 Bauprojekte so planen, dass sie Freiräume zum Spielen erhalten und verbessern.  
205 Grundbedingung dabei ist, dass die Kinder und Jugendlichen wesentlichen Einfluss  
206 auf die Planungen haben und sich mindestens genauso beteiligen können wie  
207 Vereine oder (Nachbarschafts-)Initiativen.

## 208 Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit

209 Wohnen ist ein Menschenrecht! Dem werden wir in der kommenden Legislaturperiode  
210 Geltung verschaffen, indem Menschen in ihren Wohnungen bleiben können oder  
211 wieder ein Zuhause bekommen. Wir versetzen die Kommunen in die Lage frühzeitig  
212 und effektiv Maßnahmen gegen drohende Wohnungslosigkeit zu ergreifen. Wir stärken

213 den öffentlich geförderten Wohnungsbau und unterstützen die Kommunen beim Kauf  
214 von Belegungsrechten unter anderem für diejenigen, denen die Zugänge zum freien  
215 Wohnungsmarkt erschwert werden. So erreichen wir, dass auch Personen mit geringem  
216 Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.

217  
218 Mit einem landesweiten Aktionsplan, der bestehende Förderprogramme zusammenführt  
219 und bedarfsgerecht ergänzt tragen wir als Land NRW zum EU-Ziel bei, bis 2030  
220 Obdachlosigkeit zu überwinden. Menschen, die bereits wohnungslos sind, wollen  
221 wir wieder eine dauerhafte, menschenwürdige Unterbringung verschaffen. Gemeinsam  
222 mit ihnen müssen, ausgehend von ihrer jeweiligen aktuellen Lebenslage, Maßnahmen  
223 entwickelt werden, die ihnen den Weg in ein eigenständiges und selbstbestimmtes  
224 Leben ebnet. Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für  
225 Wohnungslose gibt, bauen wir sie bedarfsgerecht aus. Dazu gehören unter anderem  
226 spezielle Angebote für Frauen, Haustierbesitzer\*innen, queere Menschen und  
227 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus unterstützen wir  
228 Familien, die wohnungslos geworden sind oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind.  
229 Gerade Kinder und Jugendliche brauchen in dieser familiären Notlage Schutz und  
230 Unterstützung. Der Ansatz "Housing first" bedeutet, Wohnungslose, ohne in  
231 Deutschland übliche Vorbedingungen wie "Trainingswohnen", in eine normale  
232 Wohnung zu vermitteln. Zusätzlich werden persönliche Hilfen angeboten. Dadurch  
233 können sich die Betroffenen stabilisieren und wieder ein selbstbestimmtes Leben  
234 führen. Gerade Frauen bietet dieser Ansatz Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die  
235 sie häufig im Tausch für Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir werden  
236 "Housing first" in ganz NRW bedarfsgerecht ausweiten und soziale Träger und  
237 Kommunen dabei unterstützen, geeignete Wohnungen aufzukaufen und z.B. auch für  
238 begleitete selbstverwaltete Wohnprojekte dauerhaft zur Verfügung zu stellen.  
239 Zudem wollen wir für wohnungslose Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf  
240 ein selbstbestimmtes Wohnen in der eigenen Wohnung im Quartier ermöglichen und  
241 unterstützende Wohnprojekte fördern.

## 242 **Wir sorgen für faire Arbeit und gute Löhne**

### 243 **Sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt stärken**

244 Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir  
245 unterstützen Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen keine oder nur  
246 geringe Einstiegschancen in den ersten Arbeitsmarkt haben über den sogenannten  
247 „Sozialen Arbeitsmarkt“, so dass sie in Unternehmen wieder Fuß fassen können. Um  
248 die Betroffenen in ihren Lebenssituationen zu stabilisieren und ihnen die nötige  
249 Unterstützung zu geben, setzen wir auf eine staatlich unabhängige  
250 Beratungsstruktur auf Augenhöhe. Die Arbeit der Arbeitslosenzentren und  
251 Erwerbslosenberatungsstellen werden wir bedarfsgerecht weiter finanzieren.

252 Menschen mit Behinderungen haben deutlich geringere Chancen einen geeigneten  
253 Arbeitsplatz zu finden und tragen daher ein überproportional größeres Risiko,  
254 auch langfristig arbeitslos zu sein als Menschen mit der gleichen Qualifikation  
255 ohne Behinderungen. Wir streben einen inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem  
256 selbstverständlich Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten wenn sie  
257 dies wünschen. Wir streben eine faire Entlohnung für die Arbeit in den  
258 Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) an. Für die konkrete Umsetzung  
259 erwarten wir Impulse aus dem noch laufenden, bundesweiten Beteiligungsvorhaben

260 zur Entwicklung eines transparenten, nachhaltigen und zukunftsfähigen  
261 Entgeltsystem in den WfbM. Die Angebote von Werkstätten für behinderte Menschen  
262 (WfbM) werden wir stärker auf die Integration sowie die Begleitung von  
263 Beschäftigungsverhältnissen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ausrichten. Darüber  
264 hinaus entwickeln wir die Teilhabeangebote auch für diejenigen weiter, deren  
265 Ziel nicht oder nicht nur die Teilhabe am Arbeitsleben ist.

266 Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung  
267 Schwerbehinderter zum notwendigen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher  
268 Aufträge. Für die Landesverwaltung streben wir an, deutlich mehr  
269 schwerbehinderte Menschen als bisher zu beschäftigen. Gleichzeitig senken wir  
270 die Hürden für Unternehmen, Menschen mit Behinderung einzustellen. Betriebe  
271 erhalten Beratung, wie sie Stellen individuell für Bewerber\*innen mit  
272 Behinderung ‚zuschneiden‘ können. Wir erleichtern die Rahmenbedingungen für  
273 „Inklusionsbetriebe“, fördern aktiv deren Gründung. Inklusionsbetriebe sind  
274 Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes, die zwischen 30 und 50 Prozent  
275 Menschen mit Behinderungen beschäftigen.  
276 Für Personen, die ihre berufliche Qualifikation im Ausland erworben haben, soll  
277 die Anerkennung ihrer Qualifikation unbürokratischer werden, etwa durch die  
278 Anerkennung mehrsprachiger Zeugnisse.

#### 279 Faire Arbeitsbedingungen stärken

280 Der Krankenpfleger und die Busfahrerin, der Supermarktverkäufer und die  
281 Betonbauer\*in – sie alle verdienen faire Arbeitsbedingungen und  
282 Gesundheitsschutz. Wir reformieren die Vergabekriterien bei öffentlichen  
283 Aufträgen so, dass nicht nur die Einhaltung des Mindestlohns, sondern auch  
284 weitere soziale und ökologische Standards wie die Tarifbindung verpflichtend  
285 werden. Damit konkurrieren die Unternehmen über die gute Qualität ihrer Produkte  
286 und Dienstleistungen untereinander, nicht aber über niedrige Löhne. Das stärkt  
287 NRW als nachhaltigen Wirtschaftsstandort. Dienstleistungsjobs in der  
288 Landesverwaltung wie Reinigungskräfte und Pförtner\*innen werden wir nicht weiter  
289 outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren. Arbeitsschutz-  
290 Mindeststandards müssen auch für die EU-Arbeitnehmer\*innen gelten, die auf den  
291 Feldern, in den Fleischbetrieben oder der Logistik usw. in NRW arbeiten.  
292 Gleichzeitig unterstützen wir die Arbeit der Einrichtungen der fairen Mobilität  
293 in NRW. Wir verbessern den Arbeitsschutz durch mehr finanzielle und personelle  
294 Ressourcen, um ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen. Arbeitsfreie  
295 Sonntage sollen die Regel sein. Deshalb werden wir das Ladenöffnungsgesetz (LÖG  
296 NRW) anpassen.

#### 297 Die Arbeit der Zukunft passt zur Lebenssituation

298 Beruf und Lebenssituation müssen zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen,  
299 familien- und pflegefreundlich zu werden. Das Recht auf Homeoffice wird  
300 unterstützt und in dezentralen „Co-Working Spaces“ können die Mitarbeiter\*innen  
301 einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer eigenen Wohnung einrichten und  
302 lange Anfahrtszeiten zum Unternehmen einsparen. Wir unterstützen die Einführung  
303 von Lebensarbeitszeitkonten und gehen selbst voran, indem wir sie für  
304 Landesbeamt\*innen umsetzen. Damit kann die Arbeitszeit in allen Lebensphasen  
305 angepasst werden, so dass Mitarbeiter\*innen zum Beispiel mehr Zeit haben, um

306 ihre Angehörigen zu pflegen. Ausbildung und Studium in Teilzeit erleichtern wir.  
307 Viele fitte Senior\*innen wollen weiterhin arbeiten, um sich sinnvoll zu  
308 betätigen. Dies wollen wir ermöglichen und fördern.

## 309 **Wir investieren in Gesundheit und Pflege**

### 310 **Gesundheitsprävention stärken**

311 Prävention hält gesund und entlastet das Gesundheitssystem, wenn sie umfassend  
312 in allen Politik- und Lebensbereichen umgesetzt wird. Wir geben deshalb dem  
313 Sport, guter Ernährung und dem Gesundheitswissen einen größeren Stellenwert und  
314 stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir legen Wert auf einen breiten  
315 Impfschutz und unterstützen zielgruppengerechte Aufklärungskampagnen, z.B. zu  
316 sexuell übertragbaren Krankheiten. Einsamkeit und Stress prägen den Alltag  
317 vieler Menschen und gefährden ihre Gesundheit. Die frühe Vermittlung von  
318 Kompetenzen zur psychischen Gesundheit wollen wir daher durch eine Kampagne  
319 unterstützen. Zur Gesundheitsprävention gehört aber auch der Schutz des Klimas,  
320 gesunde Atemluft sowie gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung.

### 321 **Gut versorgt in Stadt und Land: Vorfahrt für** 322 **Gesundheitsregionen**

323 Unsere Ziele sind eine hohe Qualität, Verlässlichkeit und eine gute  
324 Erreichbarkeit der Gesundheitseinrichtungen für alle Patient\*innen. Gerade in  
325 ländlichen, unterversorgten Regionen sichern wir die medizinische Versorgung  
326 durch "Gesundheitsregionen" mit enger Anbindung an die Kommunen. Hier werden  
327 ambulante und stationäre Angebote gemeinsam geplant. Kooperation und gute  
328 Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können gemeinwohlorientierte,  
329 interprofessionelle Gesundheits- und Pflegezentren errichten. Diese Initiativen  
330 wollen wir als Modellprojekte fördern und damit die Zusammenarbeit der  
331 verschiedenen Gesundheitsberufe stärken. Deutschlandweit fehlen gerade in  
332 ländlichen Bereichen Krankenhäuser, die für Notfälle gebraucht werden.  
333 Andererseits gibt es Krankenhäuser, die planbare, hochspezialisierte Eingriffe  
334 so selten durchführen, dass sie mit der Qualität von spezialisierten Häusern mit  
335 hohen Fallzahlen nicht mitkommen. Regionen müssen so versorgt sein, dass  
336 Patient\*innen im Notfall oder bei Beginn einer Geburt in kürzest möglicher Zeit  
337 ein Krankenhaus erreichen können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher  
338 Hand eine wichtige Rolle spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen  
339 und wenn möglich Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand überführen. Für  
340 planbare, komplexere Eingriffe ist die Fahrzeit weniger ausschlaggebend.  
341 Wichtiger ist es, dass eine durchgehend gute Qualität in der Versorgung  
342 angeboten wird, die sowohl das subjektive Wohlbefinden von Patient\*innen als  
343 auch die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten umfasst. Wir planen die  
344 Krankenhausversorgung so, dass sich die Krankenhäuser enger mit ambulanten  
345 Einrichtungen wie Arztpraxen und anderen Therapie- und Pflegeangeboten oder  
346 Rehabilitationseinrichtungen verbinden. Mittels patientenorientierter  
347 Digitalisierung werden die Angebote besser vernetzt. Weiterhin wird beim (Um-  
348 )Bau von Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäusern und Pflegeheimen der Hitze-  
349 und Klimaschutz berücksichtigt.

## 350 Gesundheitsämter schützen uns alle: den Öffentlichen 351 Gesundheitsdienst stärken

352 Es ist das vorrangige Ziel aller Aktivitäten und Maßnahmen im Bereich  
353 öffentlicher Gesundheit, Bedingungen zu schaffen, in denen möglichst alle  
354 Menschen gesund leben können. Psychiatrische Hilfen und Hilfen für suchtkranke  
355 Menschen sind zentrale Teilbereiche eines umfassenden Verständnisses des  
356 Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD). Der ÖGD führt  
357 Schuleingangsuntersuchungen durch, bietet Impfungen an und ist verantwortlich  
358 für den Infektionsschutz. Die Mitarbeitenden im Gesundheitsamt koordinieren und  
359 leisten psychosoziale Hilfen. Sie überwachen die Qualität des Trinkwassers,  
360 beraten zu Lebensmittelhygiene und vieles andere mehr. Während der Corona-  
361 Pandemie ist besonders deutlich geworden, wie wichtig der ÖGD ist. Er leidet  
362 aber unter langjährigem Verwaltungsabbau, chronischer Unterfinanzierung und  
363 Personalmangel. Das wollen wir ändern. Wir heben die finanziellen Mittel für den  
364 ÖGD an und etablieren einen eigenständigen Tarif für das medizinische Personal.  
365 Wir stärken die Verantwortung des Landesentrums für Gesundheit. Wir werden die  
366 Strukturen zur Bekämpfung von Pandemien deutlich verbessern und dazu den  
367 Pandemierahmenplan überarbeiten, damit dieser Mechanismen wie feste Krisenstäbe,  
368 wissenschaftliche Beratung, die Einrichtung von Pandemieräten, regelmäßige  
369 Anpassungen sowie viele präventive Maßnahmen enthält. Ein gestärkter  
370 öffentlicher Gesundheitssektor wird die Funktionsfähigkeit von Meldesystemen,  
371 die Bevorratung von Schutzmaterial und viele weitere Faktoren überwachen. Wir  
372 ermöglichen eine gute digitale Ausstattung, einheitliche Standards und  
373 Schnittstellenkompatibilität zur elektronischen Patientenakte. Durch  
374 Nachwuchsprogramme in Kooperation zum Beispiel zwischen Hochschulen und  
375 Ärztekammern lernen Studierende den ÖGD als Tätigkeitsfeld kennen. Ärztin und  
376 Sozialpädagogin, Stadtplanerin und Gesundheitswissenschaftler: Zusammen sind sie  
377 ein Team, das mit verschiedenen Perspektiven die Gesundheitsprävention  
378 insbesondere für benachteiligte Gruppen verbessert.

## 379 Psychische Gesundheit verbessern

380 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise  
381 brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid lindert. Schon seit mehreren Jahren  
382 existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und ihre  
383 Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen diese Empfehlungen des  
384 „Landespsychiatrieplans“ endlich um! Dazu gehört es, die ambulante psychosoziale  
385 und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung  
386 u. a. durch mehr psychotherapeutische Kassenzulassungen, die sich am  
387 tatsächlichen Bedarf orientieren, zu verkürzen und Zwangseinweisungen in  
388 psychiatrische Kliniken zu reduzieren. Digitale Bausteine wie Videosprechstunden  
389 ergänzen die Angebote. Wir unterstützen ein gleichberechtigtes Miteinander von  
390 Betroffenen, Angehörigen und Fachkräften und beziehen Menschen mit  
391 Psychiatrieerfahrung und Behinderung in den Prozess mit ein und setzen uns für  
392 eine Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen ein. Wir stärken die  
393 Ausbildung von Psychotherapeut\*innen und lehnen Rasterpsychotherapie ab.  
394 Menschen mit psychischen Erkrankungen wollen wir die Übersicht über vorhandene  
395 Therapie- und Hilfsangebote z.B. durch eine Informationsplattform in Kooperation  
396 mit Kommunen und Kassenärztlichen Vereinigungen erleichtern.

397 Für eine inklusive und diskriminierungsfreie  
398 Gesundheitsversorgung

399 Menschen in ärmeren Verhältnissen erkranken häufiger und sterben früher. Die  
400 Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen weist große Lücken auf.  
401 Viele Geflüchtete, Obdachlose, Menschen ohne Papiere und manche EU-Zugewanderte  
402 sind nicht krankenversichert. Eine angemessene Versorgung im Krankheitsfall  
403 gehört jedoch zu den elementaren Menschenrechten. Deshalb wollen wir die  
404 Kommunen dabei unterstützen, die Gesundheitsversorgung dieser Gruppen zu sichern  
405 und den „anonymen Krankenschein“ einführen. Wir bauen die „Clearingstellen“  
406 flächendeckend aus und sichern deren Finanzierung. Sie helfen, den  
407 Krankenversicherungsstatus zu klären. Um Menschen mit Behinderungen besser zu  
408 versorgen, entwickeln wir gemeinsam mit Fachleuten und Betroffenen einen  
409 ressortübergreifenden Inklusionsplan, der Hürden im Gesundheitswesen abbaut und  
410 die Inklusionsforschung stärkt. Wir machen verbindliche Vorgaben zur  
411 Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und sorgen für mehr Flexibilität und  
412 Patient\*innenorientierung bei Therapie- und Heilmittelversorgung.  
413 Diskriminierende Strukturen und Praktiken im Gesundheitssystem untersuchen wir  
414 systematisch, um Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Diskriminierungssensibilität soll  
415 Teil der Aus-, Fort- und Weiterbildung in den medizinischen und  
416 Gesundheitsberufen werden.

417 Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung und  
418 Selbstbestimmung fördern

419 Diagnostik und Therapie sind in der Medizin noch immer auf einen männlichen  
420 „Normkörper“ ausgerichtet. Das hat Nachteile für alle, die dieser Norm nicht  
421 entsprechen. So zeigen Frauen bei einem Herzinfarkt andere Symptome und andere  
422 Immunreaktionen bei Impfungen als Männer. Dadurch werden Krankheiten zum Teil  
423 nicht erkannt und behandelt. Manche Medikamente wirken anders – das kann  
424 gefährlich werden. Trotzdem wird die Bedeutung des Geschlechts in vielen Studien  
425 ignoriert. Bei Landesförderungen im Gesundheitsbereich berücksichtigen wir die  
426 Geschlechterperspektive: So werden Daten in Studien oder Projekten  
427 geschlechtergerecht erfasst und ausgewertet. In der Geburtshilfe stellen wir die  
428 Bedürfnisse von Eltern und Kindern in den Mittelpunkt. In der Stadt und auf dem  
429 Land muss eine gute Versorgung vor, während und nach der Geburt gewährleistet  
430 werden. Wir fördern Hebammenkreißsäle und selbstständige Hebammen, die in  
431 unterversorgten Gebieten im ländlichen Raum arbeiten möchten. Die  
432 Arbeitsbedingungen in der Geburtshilfe müssen verbessert werden. Wir wollen das  
433 Recht auf Selbstbestimmung stärken und freiwillige Beratungsangebote rund um  
434 Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch ausbauen. Entscheidet eine Frau sich  
435 für einen Abbruch, muss sie die Möglichkeit bekommen, diesen wohnortnah  
436 durchführen zu lassen. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas  
437 Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung.  
438 Sexuelle Gesundheit ist komplex und oft mit Berührungspunkten verbunden. Deshalb  
439 werden wir uns für interdisziplinäre Zentren für sexuelle Gesundheit einsetzen.  
440 Diese sollen den gesamten Bereich der sexuellen Gesundheit abdecken, von der  
441 Testung sexuell übertragbarer Krankheiten bis hin zu Beratungs- und  
442 Bildungsangeboten, zum Beispiel über Schwangerschaft und  
443 Schwangerschaftsabbrüche. Zur Bildung solcher Zentren sollen bereits bestehende

444 Strukturen genutzt werden. Die Zusammenarbeit von Kliniken, Aidshilfen, den  
445 Gesundheitsämtern und anderen Initiativen, Vereinen und Verbänden, die sich  
446 bereits mit sexueller Gesundheit beschäftigen, stärken wir durch eine  
447 planungssichere staatliche Förderung.

#### 448 Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen

449 Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein - das wünschen sich viele  
450 Menschen im Alter. Pflege muss die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention  
451 erfüllen, kultur- und LSBTIQ\*-sensibel (LSBTIQ\* steht für Lesben, Schwule,  
452 Bisexuelle, Trans\*-, Inter\*- und queere Menschen) ausgerichtet sein. Das Angebot  
453 ist aber vielfach noch geprägt durch Großheime. Anstatt sie weiter auszubauen,  
454 setzen wir auf Alternativen wie Wohn- und Hausgemeinschaften mit einem  
455 umfassenden Pflegeangebot und neuen Versorgungsformen im Quartier. Über den  
456 Ausbau ambulanter Pflege sowie der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege und  
457 Angebote wie Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren, sichern wir Pflege  
458 rund um die Uhr ab. So entlasten wir auch pflegende Angehörige, die noch immer  
459 den Großteil der Pflege und Unterstützung erbringen.

460 Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre  
461 Pflegeinfrastruktur mit der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im Interesse  
462 der Bevölkerung gestalten, so dass vorrangig freigemeinnützige und kommunale  
463 Träger berücksichtigt werden. Bisher geschieht der Ausbau von Pflegeplätzen zu  
464 oft durch große Investoren, die in renditeträchtige Anlagen investieren. Von der  
465 Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil der  
466 Pflegekosten - ambulant wie stationär - wird gedeckelt und dadurch planbar und  
467 bezahlbar. Alle darüber hinaus entstehenden Pflegekosten für eine  
468 bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung. Wir werden uns zur  
469 Erreichung dieser Ziele aktiv in die bis 2023 abzuschließende Ausgestaltung der  
470 Pflegeversicherung einbringen. Gute Pflege gelingt nur mit gut qualifiziertem  
471 Personal, besseren Arbeitsbedingungen, einer angemessenen Bezahlung und mit  
472 verbessertem Personalschlüssel für alle Berufsgruppen in der Pflege,  
473 Hauswirtschaft und im Sozialen Dienst. Deshalb müssen wissenschaftlich  
474 fundierte, verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären sowie  
475 in der Langzeitpflege, vollumfänglich umgesetzt werden, um mehr Zeit für eine  
476 ganzheitliche Versorgung schaffen. Wir bauen die Zahl der Ausbildungsplätze für  
477 Fach- und Assistenzkräfte weiter aus. In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung  
478 auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden unterrichten und die  
479 Praxisanleitungen in den Betrieben gestärkt werden. Gemeinsam mit dem Bund  
480 setzen wir auf die weitere Akademisierung in der Pflege, die mit einer echten  
481 Übertragung von Aufgaben einhergehen muss. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte  
482 die Pflegekammer auf. Ein Prozess der nur mit breiter Zustimmung und  
483 demokratischer Legitimation Erfolg haben kann. Dabei müssen Kosten und Nutzen  
484 durch echte Mitspracherechte in Einklang gebracht werden. Wir werden den Dialog  
485 zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften, Verbänden und anderen Berufskammern  
486 unterstützen, um gemeinsam für bessere Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen zu  
487 sorgen.

## 488 Drogen- und Suchtpolitik ohne Kriminalisierung

489 Eine moderne Drogen- und Suchtpolitik setzt weitestmöglich auf Selbstbestimmung,  
490 klärt über Risiken auf und hilft substanzabhängigen Menschen, Schäden durch  
491 riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und Jugendliche werden besonders  
492 geschützt. Gerade die Cannabis-Verbotspolitik ist aber ungeeignet: Zurzeit  
493 erhalten Kinder und Jugendliche Cannabis einfach auf dem Schwarzmarkt. Und  
494 Erwachsene, die gelegentlich Cannabis konsumieren, werden bevormundet und  
495 kriminalisiert. Sobald bundesgesetzliche Änderungen dies zulassen, werden wir in  
496 NRW die kontrollierte Abgabe an volljährige Konsument\*innen zügig und aktiv  
497 begleiten. Ein besonderes Augenmerk legen wir neben klassischer Spielsucht auch  
498 auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von denen besonders jüngere Menschen  
499 betroffen sind, wie zum Beispiel Onlinesucht. Dabei müssen Jugend-, Suchthilfe  
500 und Gesundheitssystem zielgruppenspezifisch kooperieren sowie Betroffene und  
501 Angehörige einbeziehen. Die Therapieübergänge wollen wir verbessern. Wir  
502 begegnen den rechtlichen Entwicklungen im "Gaming"-Sektor (digitale Spiele) wenn  
503 notwendig mit Aufklärungskampagnen. Wir unterstützen die Städte und Kommunen  
504 dabei, dass Suchtberatungsstellen und besonders Drogencafés und Konsumräume  
505 weiterhin gefördert und deren Standorte gesichert bleiben, . Die  
506 zielgruppenspezifischen Hilfeangebote und zielgruppenspezifischen Hilfeangebote  
507 und Beratungsstrukturen stärken wir.

## 508 **Wir haushalten verantwortungsbewusst und** 509 **investieren in unsere Zukunft**

### 510 Verantwortungsbewusst haushalten

511 Nachhaltig wirtschaften heißt für uns, verantwortungsbewusst mit den uns zur  
512 Verfügung stehenden Steuermitteln der Bürger\*innen umzugehen, eine moderne und  
513 leistungsfähige Verwaltung zu garantieren, den öffentlichen Besitz und die  
514 Infrastruktur unseres Landes zu erhalten und in eine lebenswerte Zukunft zu  
515 investieren. Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am 1,5-Grad-  
516 Ziel sowie an den sozialen Folgen gemessen werden.

517 Der Großteil der Landeseinnahmen kommt aus Steuern, für deren gesetzliche  
518 Ausgestaltung der Bund zuständig ist. Das Land hat nur wenig Spielraum für eine  
519 Steuerung der eigenen Einnahmen. Gleichzeitig ist ein großer Posten – ca. ein  
520 Drittel der Ausgaben – für die Löhne, Gehälter und Pensionen der  
521 Landesbediensteten gebunden – in erster Linie für Lehrkräfte in den Schulen, für  
522 Polizei, Justiz und Finanzverwaltung. Neben der Stärkung der Qualität unseres  
523 öffentlichen Dienstes wollen wir vor allem die öffentlichen Investitionen in  
524 eine zukunftsfähige Infrastruktur stärken. Das bedeutet auch, die überschuldeten  
525 Kommunen mit einem Altschuldenfonds wieder in die Lage zu versetzen, diese  
526 Investitionen eigenständig tätigen zu können. Zum jahrzehntelang aufgebauten  
527 Investitionsstau kommen mindestens noch bis zum Jahr 2022 die Bewältigung der  
528 finanziellen Folgen der Pandemie hinzu. Land und Kommunen werden weniger Steuern  
529 einnehmen sowie corona-bedingte Mehrausgaben haben und gleichzeitig müssen die  
530 negativen Folgen in Wirtschaft und Gesellschaft weiter abgefedert werden. Die  
531 für solche Notlagen in der Schuldenbremse verankerte Ausnahmemöglichkeit wollen  
532 wir mit dem bestehenden Rettungsschirm weiter nutzen und wenn nötig ausbauen, um

533 zielgerichtete und wirksame Hilfen auf den Weg zu bringen. Auch im  
534 Landeshaushalt achten wir auf den Schutz des Klimas. Deshalb werden wir einen  
535 Klimacheck auch für die Ausgaben des Landes einführen. Die Anlagen des Landes,  
536 wie den Pensionsfonds und die „NRW.Bank“, richten wir weiterhin konsequent auf  
537 nachhaltiges Investment und das 1,5-Grad-Ziel aus.

### 538 Nachhaltiger Investitionspakt für NRW

539 Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,  
540 die Konjunkturimpulse mit der ökologisch-sozialen Transformation unseres Landes  
541 verbinden. Die öffentliche Infrastruktur in NRW leidet unter einem massiven  
542 Investitionsstau, besonders in den Städten und Gemeinden, die das aus eigener  
543 Kraft nicht bewältigen können. Wir brauchen deutlich mehr Investitionen in die  
544 Infrastruktur von morgen: bei den Bildungseinrichtungen, der Digitalisierung,  
545 der Mobilitätswende, beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimafolgen.  
546 Diese Zukunftsinvestitionen werden sich für künftige Generationen rechnen und  
547 ihnen Spielräume und ihre Freiheit sichern. Deshalb werden wir die  
548 verfassungsrechtlichen Spielräume der Schuldenbremse nutzen und neue Wege der  
549 Finanzierung ausschließlich für Zukunftsinvestitionen außerhalb des  
550 Landeshaushalts schaffen.

### 551 Solide Finanzen für lebenswerte Kommunen

552 Wir werden dafür sorgen, dass unsere Städte und Gemeinden wieder über Mittel  
553 verfügen, um eigenständig in Bildung und Betreuung, lokale Mobilität und – vom  
554 Radweg bis hin zum kommunalen Solarkraftwerk – in die kommunale Infrastruktur,  
555 investieren zu können. Dazu werden wir einen Altschuldenfonds einrichten, um die  
556 Gemeinden beim Schuldenabbau zu unterstützen. Damit die Kommunen Förderprogramme  
557 abrufen können werden wir sie mit einem angemessenen Anteil an den Kosten für das  
558 Projektmanagement im Rahmen der förderfähigen Ausgaben unterstützen. Auch die  
559 Steuerausfälle aus der Corona-Krise müssen solidarisch ausgeglichen werden.

560 Es hat sich leider eingespielt, dass aus Berlin und Düsseldorf immer neue  
561 Aufgaben auf die Städte und Gemeinden übertragen werden. Gleichzeitig steigen  
562 die gesellschaftlichen Herausforderungen und damit auch die Anforderungen an die  
563 lokale Ebene. Allerdings bekommen die Kommunen nicht die Mittel zur Bewältigung  
564 dieser Aufgaben. Wer bestellt, muss auch bezahlen oder wer eine Aufgabe  
565 definiert, muss auch für die Finanzierung sorgen.

566 Gleichzeitig wollen wir ruinösem Steuerdumping entgegenwirken, bei dem Kommunen  
567 sich gegenseitig Wirtschaftskraft streitig machen, ohne dass zusätzliche Impulse  
568 für Innovationen oder neue Arbeitsplätze entstehen. Wir werden Anreize setzen,  
569 damit Kommunen kooperieren und die Gewerbesteuer gemeinsam vereinnahmen können.  
570 Die Gemeindefinanzierung regeln wir so, dass sie Steuer-Dumping unattraktiv  
571 macht.

572 Wir wollen die kommunalen Förderprogramme bei der Antragstellung und Abrechnung  
573 vereinfachen und sie stärker an Bedarf und Finanzkraft ausrichten.

574 Wir wollen bei der kommunalen Vergabepaxis den Aspekt der Nachhaltigkeit  
575 stärken. Hierzu werden wir die rechtlichen Vorgaben anpassen. Zukünftig soll  
576 neben der Wirtschaftlichkeit auch der Grad der ökologischen und sozialen  
577 Nachhaltigkeit eines Angebots berücksichtigt werden.

578 **Steuerhinterziehung und Steuerbetrug wirksam bekämpfen**

579 Unserem Gemeinwesen gehen in ganz Deutschland jedes Jahr geschätzte 100  
580 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung verloren. Geld, das wir dringend für  
581 gute Schulen und Zukunftsinvestitionen brauchen. Wir werden diesen Betrug  
582 entschieden bekämpfen, indem wir die Finanzverwaltung und die Steuerfahndung  
583 ausbauen und sie technisch und digital fit machen. Dazu gehört beispielsweise,  
584 dass Meldestellen nach Baden-Württemberger Vorbild umfassend digitalisiert  
585 werden. Wir werden die Ausbildungskapazitäten erweitern und im Wettbewerb um die  
586 besten Köpfe die Attraktivität unserer Finanzverwaltung steigern.

587 **Fördermittel effektiv für einen echten Wandel einsetzen**

588 Auch die EU stellt große Mengen an Fördermitteln bereit, um die europäische  
589 Wirtschaft bei ihrem Beitrag zur Erfüllung der Klimaziele zu unterstützen und um  
590 diejenigen Regionen zu fördern, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind.  
591 Das sind in NRW nicht nur die Kohlereviere, sondern sämtliche Regionen, in denen  
592 CO<sub>2</sub>-intensive Industrien beheimatet sind. Bei der Verteilung der europäischen  
593 Fördermittel sind uns zwei Punkte besonders wichtig: Die Gelder der EU sind  
594 nicht dazu gedacht, Löcher in den nationalen Haushalten zu stopfen. Sie sollen  
595 stattdessen in neue Projekte und Unternehmungen fließen, Innovationen anstoßen  
596 und damit einen zusätzlichen Nutzen zu den nationalen Programmen stiften.  
597 Zweitens muss darauf geachtet werden, dass die geförderten Projekte auch  
598 tatsächlich einen Beitrag zu wichtigen Zielen beim Klimaschutz, der Erhaltung  
599 der Artenvielfalt und der Digitalisierung leisten.